



Schade, dass Bildung keine bankrotte Bank ist!

Dass für die Finanzmarktkrise auf einmal Milliarden in einer Größenordnung locker gemacht werden, die niemals für die globale Bekämpfung von Hunger und Armut oder anderen weltweiten Problemen bereit gestellt würden, wundert niemanden wirklich, es macht höchstens mehr Menschen wütend. Das Vertrauen in das neoliberale Credo scheint erschüttert, doch ist die Frage, wie erschüttert es eigentlich ist, wenn zugleich weitgehend unbemerkt weiter an der Umwandlung öffentlicher Güter in private Güter gearbeitet wird. Diese Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums kann auch Enteignung genannt werden.

Ein Beispiel dafür ist der Bildungsbereich. Dieser war – ebenso wie Gesundheitswesen oder andere soziale Bereiche - schon immer Sparbüchse für die Staaten, die auf den IWF oder die Weltbank angewiesen waren. Im Moment ist Island dran. Vielleicht wäre es ja zu gefährlich, wenn alle Menschen zumindest eine grundlegende Allgemeinbildung bekämen. Schließlich könnte das zum Schlüssel des Nachdenkens über die eigene, die gesellschaftliche und die globale Situation werden und möglicherweise gar zum selbständigen und gemeinsamen Handeln führen. Bildung als Zukunftsinvestition wird zwar in aller PolitikerInnenmunde geführt, aber damit scheint weniger eine Investition in die Bildung der Menschen gemeint zu sein. Vielleicht müssen wir „Bildung als Zukunftsinvestition“ ganz anders lesen, nämlich als einen weiteren zu privatisierenden öffentlichen Bereich, der für das globale Finanzkapital weltweit als Anlagemöglichkeit attraktiv gemacht werden soll. „Mit Kindertagesstätten und 120 000 Kindern an die Börse gehen, Investoren anlocken – das klingt gewagt. Man muss auf Dauer viel Fantasie haben, um die Betreuung von Kleinkindern als Renditeobjekt zu betrachten“, kommentiert Rolf Obertreis im Wirtschaftsteil der Frankfurter Rundschau. „Nicht alles lässt sich privatisieren, schon gar nicht mit dem Ziel schöner Gewinne.“ Dennoch gibt es Unternehmen, die mit der Bildung Geld machen und noch mehr Geld zu machen hoffen. In den GATS-Verhandlungen wird in diesem Sinne auf weitergehende Liberalisierung der Bildung gedrängt.

In Deutschland gibt es vielfältige Vorstöße, alle Bereiche der Bildung - von der Kinderbetreuung über die Schulen und Hochschulen bis hin zur Weiterbildung – dieser Liberalisierung ziemlich unbemerkt Tor und Tür zu öffnen. So wurde beispielsweise in NRW mit dem Kinderbetreuungsgesetz das Tor für die Privatisierung, sprich Kommerzialisierung der frühkindlichen Erziehung geöffnet. Da können die Babys und Kleinkinder dann auch eine Elite-Vorschulbildung absolvieren, wenn nur die Eltern tief genug in die Tasche greifen. Gleichzeitig aber soll de facto die propagierte Ausweitung der frühkindlichen Erziehung zu einem großen Teil mit Hilfe von Tagesmüttern mit 48-stündiger Blitz-"Qualifikation" erfolgen.

Dass das deutsche Bildungs- und Erziehungswesen insgesamt drastisch unterfinanziert ist – lange bekannt. Das war aber nicht das Thema auf dem Bildungsgipfel im Oktober, auf dem von der Kanzlerin eine „Bildungsrepublik“ zum „Schlüsselthema“ für den „Standort Deutschland“ erklärt wurde! Ziel ist die Verzahnung aller Bildungsstufen vom Kindergarten bis zur Hochschule. Dafür sollen die öffentlichen Ausgaben für Forschung bis 2015 - also in 7 Jahren - um 3% und die für Bildung um 7% steigern. Für den steilen Weg zur Bildungsrepublik wird also eine Ausgabensteigerung von einem läppischen Prozentpunkt pro Jahr vorgesehen. Damit würde Deutschland nächstes Jahr gerade mal den OECD-Durchschnitt erreichen - vorausgesetzt, die anderen Staaten beließen ihre Bildungsausgaben beim Status quo - so wie bislang bei uns: Heute liegen die deutschen Bildungsausgaben 2% unter dem Stand von 1980, also dem von vor 28 Jahren!

Besonders drastisch stellt sich die Unterfinanzierung des deutschen Bildungswesens in den Bereichen dar, die von der größten Anzahl von Kindern durchlaufen werden: im Primarbereich und im nicht-gymnasialen Sekundar-I-Bereich, d.h. Hauptschule, Realschule, Gesamtschule, mit immerhin 2/3 aller Kinder, ist die Unterfinanzierung noch dramatischer. Wenn hier nur annähernd der OECD-Durchschnitt erreicht werden sollte, wären weitaus größere Anstrengungen vonnöten.

Es häufen sich jedoch die Anzeichen dafür, dass für den öffentlichen Bildungssektor eine weitgehende Kommerzialisierung das Ziel ist. Die Masse durchläuft dann ein marodes Bildungssystem, während die, die es sich irgendwie leisten können, ihre Kinder auf gut ausgestattete Privatschulen und -hochschulen schicken, wo zumindest die Bildungsbedingungen gut sind. Bildung wird nicht mehr als öffentliches, sondern als privates Gut, als Ware also gehandelt, wie es die Bertelsmann-Stiftung schon lange pseudo-wissenschaftlich als alternativlos propagiert nach dem Motto privat gleich besser, kostengünstiger und effizienter als staatlich.

Ansätze gibt es sowie schon vielfältige, die ersten Betreuungskonzerne im Kinderbetreuungs- und Grundschulbereich sind in Deutschland angekommen. Sie stoßen durchaus auf Zuspruch, was bei dem fortschreitenden Abbau der öffentlichen Gelder und der damit einhergehenden permanenten Verschlechterung des öffentlichen Bildungsbereichs nicht verwunderlich ist. Dabei zeigt aktuell das Desaster des australischen Betreuungskonzerns *ABC Learning*, was die Auslieferung von Bildung an die Finanzmärkte wirklich bedeutet.

Auch in Australien wurden noch bis in die frühen 90er Jahre hinein nur gemeinnützige Kita-Träger staatlich gefördert. Dies änderte sich, als angesichts eines notwendigen Ausbaus der Kinderbetreuung die damalige Labour-Regierung aus vermeintlichen Ersparnisgründen auf private Träger setzte. Die Nachfolgeregierung Howard strich später sogar den Zuschuss für die Betriebskosten der gemeinnützigen Träger. Viele mussten daraufhin schließen oder wurden an kommerzielle Träger verkauft. Private Kita-Unternehmen boomten, einige große börsennotierte konnten mit dem frischen Geld expandieren und schließlich blieb ein Unternehmen übrig, das den Markt dominierte: der Kita-Konzern *ABC Learning* des Unternehmers Eddy Groves.

Der Konzern *ABC Learning* finanzierte sein Wachstum durch die Börse. Börsenkurse sind aber wiederum von der Profiterwartung, vom zukünftigen Wachstum abhängig, der Konzern also auf permanentes starkes Wachstum angewiesen – ein Teufelskreis. Der misslungene Einstieg in den amerikanischen Markt aufgrund geringerer staatlicher Förderung dort führte zum Absturz der Aktienkurse. Zusätzlich hatte der Konzerninhaber Groves seine *ABC Learning* Aktien zur Finanzierung der Expansion bereits beliehen, und die Banken erzwangen nun den Verkauf der Aktien und der schon erworbenen US-Kitas, um den Totalverlust zu verhindern. Zur Verhinderung der Insolvenz reichte dies nun in der Finanzkrise, in der die Banken dem überschuldeten Unternehmen das Vertrauen entzogen, nicht mehr aus. Um den Konzern zu retten, der zu diesem Zeitpunkt alleine die Betreuung jedes dritten australischen Kindes gewährleistete, sprang der australische Staat ein. Zur Sicherstellung der Betreuung von etwa 120.000 australischen Kindern bis Ende des Jahres 2008 war eine Unterstützung von 22 Milliarden australischen Dollar notwendig.

Wenn Bildung in die Hände privatwirtschaftlicher, börsennotierten Konzerne gelegt wird, gerät sie in unter die Steuerung der Finanzmärkte und deren Profitlogik. So machte *ABC Learning* Gewinne mit Einsparen von Personal und damit von Qualität, viel Geld floss jedoch ins Marketing. Der Ökonom Gordon Cleveland stellt für kommerzielle Kitas treffend fest: „Für profitorientierte Kindertagesstätten lohnt sich ein Angebot, das hochwertig aussieht, aber minderwertig ist.“ „Es ist ein wunderbares Feld für internationale Investoren geworden. Sie wissen, dass der Staat viel Geld ausgibt und dass Eltern, die dringend Kita-Plätze benötigen, einiges drauflegen.“, so die australische Pädagogin Woodrow.

Die Privatisierung öffentlicher Güter entspricht eher der ursprünglichen Akkumulation - wie der Aneignung von Gemeindeland durch Raub - als einer Akkumulation durch Mehrwertproduktion mittels erweiterter Produktion. Die Enteignung überträgt öffentlichen Reichtum in private Hände, sie setzt keine erweiterten Akkumulationskreisläufe in Gang. Die Monopolstellung ermöglicht es, aus den Einnahmen der staatlichen Zuschüsse und der Elternbeiträge Anteile für die Investoren und für weitere Expansion abzuzweigen. Es handelt sich um Monopolrenten, die allerdings für eine Steigerung der Akkumulation zu begrenzt sind. Es verbleibt nur die Enteignung weiteren Gemeineigentums. Eine permanente Umverteilung ist durch den Wachstumszwang wie bei dem Kita-Konzern *ABC Learning* in Gang gesetzt als Ersatz für eine im Dienstleistungsbereich nicht mögliche Akkumulation durch erweiterte Mehrwertproduktion.

Die schon begonnene und immer noch beabsichtigte Privatisierung des Bildungssystems soll ein weiteres Feld für die Finanzmärkte erschließen. Privatisierungsgewinne und staatliche Subventionen generieren dabei eine kurzfristige „Enteignungsökonomie“ (Zeller). Die Börsennotierung von Bildungsunternehmen mit den Risiken der Insolvenz ist die logische Konsequenz durch Finanzspekulation in diesem Bereich Renditen zu erwirtschaften. Verschlechterte Arbeitsbedingungen und geringe Qualität sind Folgen der politischen Entscheidung für die privaten Anbieter in allen sozialen Bereichen. Dabei ist es wie bei *ABC Learning* nur eine Frage der Zeit bis die Tendenz der Börse zur Überschätzung ins Gegenteil umschlagen und das Kartenhaus im Sturm der Finanzkrise zusammenbrechen musste. Verluste werden dann verstaatlicht, um die Minimalstandards aufrechtzuerhalten, nachdem die Privatisierung und öffentliche Zuschüsse als Rendite getarnten Rentenzahlungen ermöglicht haben.

Dagegen setzt der Arbeitskreis bildung&erziehung von attac eine gute steuerfinanzierte Ausstattung der verschiedenen Stufen des öffentlichen Bildungssystems und „Eine Schule für alle“! Denn in Deutschland kommt als einzigem OECD-Land neben Österreich ein spezielles Problem hinzu: die schon vor 40 Jahren erkannte und seit den ersten Pisa-Studien vor 6 Jahren wieder zunehmend thematisierte, sogar von der Unesco angemahnte rigide und frühe soziale Bildungsselektion durch das 4-gliedrige Schulsystem. Durch diese Grundstruktur des Bildungswesens wird bekanntermaßen dem größten Teil sozial benachteiligter und migrationsgeprägter Kinder der Weg zu solider Bildung und zu gesicherten Berufen verbaut. An dieser Struktur

soll nach dem Willen der herrschenden Bildungspolitik auch nicht grundsätzlich gerüttelt werden. Die VerfechterInnen einer Schule für alle vom 1. bis zum 10. Schuljahr werden als IdeologInnen diffamiert.

Allerdings wird nicht mehr einfach am traditionalistischen 4-gliedrigen Schulsystem festgehalten, sondern Teile von CDU und FDP geben als modernes Bildungssystem ein 3-gliedriges System aus, das sogenannte 2-Säulenmodell: mit der Zusammenlegung von Haupt-, Real-, und Gesamtschulen als einer Säule, dem Gymnasium als der anderen und irgendwie mit die nicht für erwähnenswert befundenen Förderschulen (früher hießen sie Sonderschulen). Diesem System stimmten in Hamburg die GRÜNEN zu, in NRW sind Teile der SPD und auch der GEW dieser Idee als erstem Schritt zum Ziel Bildungsgleichheit für alle nicht abgeneigt.

Dagegen sieht der ak bildung&erziehung von attac Köln im Zwei-Säulen-Modell eine Verfestigung, wenn nicht sogar eine Verschärfung der Bildungsselektion. Denn dieses System läuft auf eine „Volksschule“ für 2/3 der Kinder und Jugendlichen und ein Gymnasium für das restliche Drittel hinaus, wobei heute noch nicht einmal dieses eine Drittel das Abitur erreicht.

Damit diese sowohl(neo)liberale als auch konservative Ausrichtung von der überwiegenden Mehrheit der Menschen als quasi-naturgesetzlich begriffen wird, müssen - flankiert durch entsprechende, schon seit Jahren mainstreammäßig funktionierende Indoktrinierung in den Medien im Bildungssystem Kritikfähigkeit, Denken in Alternativen, Bewusstsein für lokale und globale Verantwortung möglichst außen vor gehalten werden.

Zu große Klassen und Kurse mit zu wenigen Lehrkräften, die daher meistens auf allen Bildungsstufen nur Frontalunterricht erteilen können, führen dazu, dass die immer wieder propagierte individuelle Förderung wenig verwirklicht werden kann. Ein Anknüpfen an individuellen Interessen findet kaum statt, das Wecken von Neugier geschieht höchstens ansatzweise und die Freude am Entdecken der eigenen Fähigkeiten und am Lernen geht im Laufe der Schule weitgehend verloren.

Lehrkräften, die doch noch neues, an humanistisch-demokratischen Vorstellungen orientiertes Lernen zu praktizieren versuchen, werden massiv Steine in den Weg gelegt: Durch Unmengen von Tests, Vergleichsarbeiten in Klasse 4 und 6, Standardklausuren nach der Klasse 10, Zentralabitur, Bachelor - schon jetzt alles in den Ländern in Angriff genommen - wird Unterricht zur reinen Paukveranstaltung für zentral festgelegtes, weitgehend zusammenhangsfreies, abfragbares, bepunktbares Schmalspurwissen. Frau Schavan möchte dies auch auf Bundesebene so haben. Damit soll das erreicht werden, was der Gesamtschule unberechtigterweise immer vorgeworfen wird: Verflachung, Vereinheitlichung, Entindividualisierung, Entwissenschaftlichung.

Dieser Entwicklung muss jetzt massiv entgegengetreten werden: Weniger um den „Standort Deutschland“ zu sichern oder „Deutschlands Schulen zu den weltbesten zu machen“ (CDU-Bildungsprogramm von Oktober 2008), sondern um allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten zu geben, ihre verschiedenen Fähigkeiten zu erfahren, zu entfalten, zu entwickeln und zwar in allen Bereiche, den geistigen, musischen, körperlichen, emotionalen, sozialen. Damit könnte der „Standort Deutschland“ dahin entwickelt werden, dass alle dort lebenden Menschen sich der lokalen und globalen Verantwortung bewusst werden und danach handeln können. Daher ist es nicht nur wichtig, dem Finanzkapital Regularien aufzuzwingen. Im Bildungssystem kommt es darauf an, das Gemeingut gegen weitere Enteignungen zu verteidigen und sich bereits enteignetes wieder gesellschaftlich anzueignen. Das Bildungssystem, Kinder, Jugendliche und alle Wissbegierigen dürfen nicht zur Ware werden! Es gilt weltweit für öffentliche menschwürdige Bildung zu kämpfen. Das ist ein wichtiger Baustein für die Entwicklung eines planetarischen Bewusstseins. Eine andere Welt ist möglich!

Der Kölner Attac-Arbeitskreis Bildung und Erziehung tagt an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Versammlungsraum der Alten Feuerwache, Melchiostraße (Nördliche Altstadt)

